

**Rede des designierten Vorsitzenden der SPD,
Norbert Walter-Borjans**

Bundesparteitag

6. Dezember 2019, City Cube, Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freundinnen und Freunde und Gäste der Sozialdemokratischen Partei! Nach dem Gewinn der Stichwahl gab es ja viele ungemein nette oder nett gemeinte Kommentare und Reaktionen. Mein Lieblingskommentar kam von Christian Lindner. Der hat einfach getwittert: „Ich bin baff.“ Lindner sprachlos. Das ist selten. Ich würde sagen: Kein schlechter Einstieg für neue SPD-Vorsitzende.

Wenn es still wird um die, die uns, wie wir auf den Regionalkonferenzen immer gesagt haben, in die neoliberale Pampa lotsen wollen, dann ist das doch schon was, was wir in einem ersten Schritt erreicht haben - noch bevor wir von euch gewählt sind, worum wir uns natürlich bewerben.

Liebe Genossinnen und Genossen, hier in Berlin hatten wir am 17. September eine für mich denkwürdige Regionalkonferenz. An diesem 17. September bin ich 67 Jahre alt geworden.

Ich wiederhole gerne, was ich da im Willy-Brandt-Haus gesagt habe. Ich habe gesagt, dass ich zu den wenigen Menschen gehöre, die in Mitteleuropa die Chance hatten, 67 Jahre alt zu werden, ohne in ihrem Leben einen Krieg erlebt zu haben - das war anderen über Jahrhunderte nicht vergönnt. Ich werde alles daran setzen, dass unsere Kinder und Enkel das auch sagen können, wenn sie 67 werden.

Und das sollen nicht nur die Kinder in Mitteleuropa sagen können, sondern die Kinder überall in der Welt sollen 67 und älter werden können, ohne Krieg, Vertreibung, Flucht und Armut zu erlebt zu haben.

Keine Generation vor mir hatte so ein Glück. Und dass wir dieses Glück haben, verdanken wir einem großen Sozialdemokraten: Willy Brandt und seiner Ostpolitik.

Der Friedensnobelpreisträger Willy Brandt hat uns vorgemacht, wie man mit historischer Verantwortung umgeht. Er hat gezeigt, dass nicht Abschottung und Feindseligkeit, sondern Aufeinanderzugehen und Entspannung Verständigung schaffen.

Die SPD wird als Partei des Abrüstens und der Entspannung heute wieder mehr gebraucht als seit Langem.

Die Diskussion um Frieden und Sicherheit in Europa gerät auf einen falschen Weg. Deutschland - so heißt es - sollte langsam mal normal werden und sich nicht vor militärischem Engagement drücken. Ich sage: Nicht die militärische Zurückhaltung ist das Unnormale. Das Unnormale ist das wieder zunehmende Säbelrasseln in der Welt.

Wenn beispielsweise eine Verteidigungsministerin, die auch CDU-Vorsitzende ist, die Bundeswehr wieder an möglichst vielen Orten in der Welt „im Einsatz“ sehen will - wie sie das verharmlosend nennt -, dann ist das grundfalsch. Das ist nicht Realpolitik. Das ist Irreal-Politik. Das ist die Militarisierung der Außenpolitik, wie Rolf Mützenich das mal genannt hat.

Dazu dürfen Sozialdemokraten nicht die Hand reichen!

Helmut Schmidt hat noch vor zehn Jahren gesagt, dass die Überrüstung eines der drängendsten Probleme ist. Er hatte recht. Und das Problem ist seither nicht kleiner geworden. Mit dem amerikanischen Präsidenten und anderen nimmt es wieder zu. Wir haben auch von Russland aus neue Aufrüstungsrunden, auch neue nukleare Aufrüstungsrunden zu befürchten. Mehr denn je ist die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, alles - wirklich alles! - dafür zu tun, dass der Wahnsinn der Hochrüstung nicht weitergeht. Das ist unsere Aufgabe, und zwar mehr denn je!

Das ist unsere Aufgabe. Es ist sie mehr denn je.

Genossinnen und Genossen, wollen wir wirklich jedes Mal unsere Rüstungsausgaben erhöhen, aufrüsten, wenn die Wirtschaft wächst? Genau das besagt das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel. Ich finde, es gibt selten eine unseligere Kombination von Wirtschaftswachstum und Staatsausgaben, als die Rüstung am Wirtschaftswachstum zu orientieren.

Das wäre in den letzten Jahren eine milliardenteure Investition in Panzer und Haubitzen gewesen, statt für Schulen, Schienen und Straßen zu sorgen. Aber das ist kein Beitrag zur Friedenssicherung, und deshalb werden wir das auch nicht tun. Ausrüstung ja, aber Aufrüstung: Nein!

Mein Maßstab ist nicht das Zwei-Prozent-Ziel für die Rüstungsausgaben. Mein Maßstab ist das 0,7-Prozent-Ziel für die Entwicklungszusammenarbeit.

Da macht es übrigens Sinn, das ans Wirtschaftswachstum zu koppeln und zu sagen, wenn es uns besser geht, dann können wir auch noch mehr dafür tun, dass anderswo Fluchtursachen bekämpft werden, Konflikte vermieden werden und Menschen menschenwürdig leben können. Ich hätte gerne mehr von Letzterem, also über die 0,7 hinaus, und dafür weniger vom Ersteren. Das ist Friedenspolitik, und das ist die historische Verantwortung unseres Landes.

Wir brauchen eine ernsthafte Diskussion über die Sicherheit Europas und über die Wege, mit denen wir Sicherheit friedlicher und den Frieden sicherer machen. Willy Brandt hat mit seiner Politik gezeigt, dass das geht und wie das geht. Und wir können froh sein, dass in dieser Zeit ein so besonnener Mann wie Heiko Maas unser Außenminister ist.

Und wir können froh sein, dass ein so ausgewiesener Friedens- und Außenpolitiker wie Rolf Mützenich die Bundestagsfraktion führt.

Heiko und Rolf, ihr beiden schärft das Profil der SPD als politische Kraft der Friedenssicherung, und dafür bin ich euch zutiefst dankbar.

Es gibt einen Satz von Helmut Schmidt, der lautet: „Der Kern des deutschen strategischen Interesses ist die Europäische Union.“ Das stimmt. Aber die Europäische

Union ist noch mehr, und sie muss auch noch mehr sein. Sie ist eine Vision für eine bessere Zukunft und für ein besseres Morgen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind überzeugte Europäer. Und das seit 100 Jahren, und das auch aus bitterer Erfahrung. Wir waren die ersten, die die Vision eines geeinten Europas in ein Programm in ein Parteiprogramm geschrieben haben.

Aber was bedeutet es, zu sagen „Wir sind Europäerinnen und Europäer“? Das muss ein Versprechen an die Menschen sein, das Versprechen von Zusammenhalt und Solidarität, nach Jahrhunderten von Krieg, Feindschaft und Konflikten auf diesem Kontinent. Und wer, wenn nicht die Friedens- und Europa-Partei SPD kann dieses Versprechen einlösen, zumindest von der deutschen Seite aus?

Mit der Politik des Kaputtsparens der Krisenstaaten Südeuropas, wie das zu Zeiten Wolfgang Schäubles der Fall war, geht das jedenfalls nicht.

Es liegt an uns, eine andere, eine menschengerechte, eine problemlösende Architektur Europas auf die Beine zu stellen. Und wenn im Süden Europas 30 Prozent der jungen Erwachsenen arbeitslos sind, dann geht das auch uns an. Und wenn im Osten Europas viele Bürgerinnen und Bürger um ihre Freiheitsrechte fürchten, dann muss das auch uns alarmieren, weil das auch unsere Freiheitsrechte irgendwann in Bedrängnis bringen kann.

Die SPD ist die Europa-Partei, weil sie die Partei der Solidarität und des Zusammenhalts ist, und das können wir gar nicht oft genug betonen. Vor allen Dingen sollten wir das in dem, was wir tun und entscheiden und worauf wir auch andere hindrängen, immer wieder unterstreichen.

Wenn es anderen Ländern in Europa schlechtgeht, dann ist das auf Dauer auch schlecht für Deutschland. Aber das wissen die Menschen offenbar nicht immer automatisch, zumal viele unterwegs sind, die das anders darstellen. Deswegen müssen wir den Menschen das immer wieder sagen. Wir müssen die Menschen stark machen gegen die antieuropäischen Kampagnen der Vereinfacher und der Scharfmacher, die uns vorgaukeln, wir könnten allein mehr erreichen als in dieser Gemeinschaft.

Solidarität in dieser Gemeinschaft ist ein Versprechen, und das werden wir halten. Wir tun das auch deshalb, weil wir mit Udo Bullmann, mit Katarina Barley, mit Jens Geier, mit Achim Post und mit den vielen, die die europäische Idee am Leben halten, in Europa stark präsent sind. Es ist das Verdienst von Martin Schulz, dass Europa im Koalitionsvertrag so prominent vorkommt.

Es gehört aber auch zur Wahrheit dazu, dass vieles von dem mit dem Koalitionspartner so unglaublich schwer umzusetzen ist. Aber danke, Martin, dass du so viel reingebracht hast. Jetzt ist es an der Zeit, dass wir auch Druck machen, damit daraus wirklich etwas Spürbares wird für die Menschen in diesem Land und in Europa.

Die Europäische Union muss eine demokratische Macht werden. Nur ein einiges Europa kann unseren Sozialstaat vor den schlechten Seiten der Globalisierung schützen. Nur eine starke EU kann die großen Internetkonzerne dazu zwingen, auch Steuern zu zahlen, Sozialstandards einzuhalten und den Datenschutz zu achten. Wollen wir es wirklich hinnehmen, dass gigantische Internetkonzerne die Grenzen unserer Privatsphäre bestimmen? Wollen wir es wirklich hinnehmen, dass sie sich über Arbeitnehmerrechte hinwegsetzen, beherrschende Monopole bilden und die Steuerpflicht mit Füßen treten? Nein, das wollen wir nicht. Nicht die Demokratie hat sich den Märkten unterzuordnen, sondern die Märkte der Demokratie.

Aber wer kann gewährleisten, dass sich die großen Konzerne daran halten? Nationale Kartellämter sind da überfordert, egal, ob in Lettland oder in Luxemburg oder in Bonn. Nur eine starke Europäische Union hat die Macht, den Primat der Politik und der Demokratie für die Wirtschaft auch wirklich durchzusetzen.

Schon Konrad Adenauer wusste, dass die europäische Einigung nur gelingen kann, „wenn die Wohlstandsunterschiede nicht zu groß“ werden. Wir brauchen ein Europa, das für alle Europäerinnen und Europäer da ist. Sonst haben wir bald kein geeintes Europa mehr.

Wir wollen eine soziale Offensive für Europa: Mit gerechten Sozialstandards, mit dem Verbot von Steuerdumping und mit einer aktiven Industriepolitik. Die Konservativen wollen das nicht. Annegret Kramp-Karrenbauer will lieber einen europäischen Flugzeugträger. In welchem Krieg dieses Milliardenschiff dann auch immer umherfahren wird, bleibt ihr Geheimnis. Aber ich verrate euch auch eines: Mit uns Sozialdemokraten wird es nicht gebaut, jedenfalls nicht mit Zustimmung der SPD und

gegen unseren großen Widerstand, wenn es je dazu kommen würde, was ich sicher nicht glaube.

Stattdessen wollen wir und die große Mehrheit ein Europa auch für die große Mehrheit der Menschen. Wir haben den Willen, wir haben die Konzepte; das haben wir beschrieben. Wir sind in der Lage, das umzusetzen, wenn wir mit geradem Rücken durch diese Republik gehen und in diesem Parlament und genauso in den Landesparlamenten auch Politik machen.

Saskia hat eben von der doppelten industriellen Revolution gesprochen, die auf uns zukommt. Mit diesem Wandel drängt auch die Verteilungsfrage noch einmal wieder stärker in die Öffentlichkeit.

Die Digitalisierung wird mit enormen Produktivitätsgewinnen einhergehen. Wer wird davon profitieren? Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder vor allem Kapitalbesitzer? Ihr alle wisst, was Henry Ford einmal gesagt hat, dass Autos keine Autos kaufen. Das gilt auch Roboter, das gilt für Maschinen, und das gilt für Apps. Sie werden sich nicht gegenseitig kaufen und bezahlen. Obwohl: Als ich mir eben diese Zahlen noch mal ein bisschen angeguckt habe, war ich mir schon gar nicht mehr so ganz sicher, ob nicht eines Tages auch Apps entscheiden, welche Investitionsgüter von welchem Unternehmen an welches andere verkauft werden, oder welche Bots dafür die Entscheidung treffen. Aber eines ist sicher: Eigentum wird menschlich bleiben, wird beim Menschen bleiben. Mit anderen Worten heißt das: Auch in der neuen Welt der digitalen Ökonomie stellen sich die klassischen Fragen nach einer gerechten Verteilung von Gewinnen, nach der Schaffung von Kaufkraft, nach angemessenen Arbeitszeiten und nach den Bedingungen für die soziale Sicherung.

Schon heute ist die Vermögensungleichheit in Deutschland einer der höchsten in der gesamten Europäischen Union. Und auch die Einkommensungleichheit nimmt zu. Das liegt vor allem erst einmal daran, dass viele Menschen viel zu schlecht bezahlt werden. Die Löhne der richtigen Leistungsträger dieser Gesellschaft sind viel zu niedrig.

Das gilt vor allem, wenn - und da ist es besonders deutlich - Menschen von dieser Arbeit, vom Lohn dieser Arbeit nicht leben können. Das ist ein dringendes Ding, das wir ändern müssen. Wir haben einen der größten Niedriglohnsektoren Europas; auch das hat Saskia angesprochen.

Die Einkommensungleichheit ist aber auch deshalb größer geworden, weil bei den Abgaben und bei den Steuern das Leitmotiv, das uns immer gelenkt hat - im Übrigen schon seit dem 1. Weltkrieg -, dass starke Schultern mehr tragen sollen als schwache, in den letzten 20 Jahren immer weiter ausgehöhlt wurde. Die kleinen Einkommen geben prozentual schon lange nicht mehr am wenigsten und die großen schon lange nicht mehr am meisten ab. Wer am meisten hat, der hat auch die besten Möglichkeiten, sich vor der finanziellen Mitverantwortung zu drücken, und der hat sogar die besten Möglichkeiten, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen.

Über Jahre gab es eine schleichende Entlastung im ganz oberen Einkommensbereich. Ein Teil war die enorme Senkung der Einkommensteuer für die höchsten Einkommen, es war die Außerkraftsetzung der Vermögensteuer, es war die Abgeltungsteuer, es war eine zahnlose Erbschaftsteuer. Die kleinsten Einkommen hatten davon nichts. Und durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer wurden sie sogar stärker belastet.

Wer Umverteilung für Teufelszeug hält, der sollte wenigstens anerkennen, dass es Umverteilung in diesem Land schon seit Langem gibt - nur nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben.

Es ist höchste Zeit, das wirklich einmal zu ändern.

Die SPD, liebe Genossinnen und Genossen, muss wieder die Partei der Verteilungsgerechtigkeit werden in diesem Land.

Es ist an der Zeit, dass hohe und höchste Einkommen und Vermögen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens zahlen, und Steuerbetrug und Geldwäsche in diesem Land müssen massiv bekämpft werden.

Vor mir sitzt Sebastian Fiedler, mit dem ich in diesem Punkt schon eine Menge zusammen habe machen können. Ihr seid da richtig mit unterwegs, und ich danke euch sehr dafür, dass ihr vom Bund deutscher Kriminalbeamter Deutschland so aktiv seid.

Ich selbst weiß auch, wie das geht; denn ich habe es ja auch schon gemacht.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen 19 Millionen Euro an Whistleblower - um es einmal so zu sagen - für Steuer-CDs überreicht und haben damit sieben Milliarden Euro für die Menschen im Land zurückholen können.

Sieben Milliarden Euro für Schulen, für Kitas, für unsere Polizei, für Krankenhäuser. sieben Milliarden Euro, die längst hätten vorher gezahlt sein müssen, und die wir erst geholt haben, nachdem man gedacht hat, man hätte sie erfolgreich durch ein Schlupfloch in ein anderes Land schleppen können.

Wir haben Schäubles Steuerabkommen mit der Schweiz verhindert. Das wäre einem Milliarden-Geschenk für Steuerkriminelle gleichgekommen.

Wer einmal die Kommentare zu meiner Kandidatur und zur Kandidatur von Saskia in Schweizer Zeitungen googelt, der weiß, dass wir offenbar ziemlich erfolgreich gewesen sind.

Wir haben uns mit den Finanzlobbys angelegt - und wir haben gewonnen, weil wir uns nicht haben einschüchtern lassen. Natürlich gibt es immer wieder Stimmen, die sagen: „Vorsicht, du könntest auch verlieren!“ Ja, wir hätten auch scheitern können. Aber Glaubwürdigkeit kommt nicht vom Zurückzucken. Glaubwürdigkeit kommt vom Standhaftbleiben, und das müssen wir noch ein Stück mehr zeigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr glaubt gar nicht, wie oft ich an der Fleischtheke im Supermarkt oder an der Straßenbahnhaltestelle von CDU-Wählern angesprochen werde, die mir sagen, ich hätte das doch weitermachen sollen. Ich sage dann immer: „Was habt ihr denn beim letzten Mal bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gewählt? Habt ihr da auch daran gedacht?“

Aber ich will das gar nicht durch den Kakao ziehen. Ich freue mich, weil ich weiß: Wir sprechen viel mehr Menschen an als den Teil der Bevölkerung, der uns schon die Stimme gibt. Es gibt eine Menge Menschen, die eine Sehnsucht danach haben, dass wir Regeln einhalten in diesem funktionierenden Gemeinwesen. Ja, dazu gehören auch Verbote und Gebote. Immer über die Verbotsparteien oder Gebotsparteien zu schreiben und zu sprechen, das ist völlig fehlgeleitet. Ja, wir brauchen Gebote und Verbote in einem ordentlich funktionierenden Gemeinwesen, das wir haben, unter

anderem das Gebot, seinen gerechten Anteil an den Kosten eines handlungsfähigen Staates auch zu bezahlen.

Ich stehe dazu, dass das auch meine Sicht einer Volkspartei ist, dass sie für faire Regeln sorgt und dann auch mit durchsetzt, und dass diese Regeln nicht nur die Steuern betreffen, sondern auch das Thema Bekämpfung von Kriminalität und die Schaffung von Sicherheit für die Menschen. Das sind keine rechten Themen. Das sind Themen für ein gerechtes Miteinander.

Genauso wie im Übrigen die Durchsetzung der Regeln einer freiheitlichen Demokratie. Wir wissen, dass es in diesem Land Kräfte gibt, die unsere freie Gesellschaft verabscheuen. Dazu zählen nicht nur Rechtsextreme, dazu zählen auch Islamisten. Wir stellen uns allen Feinden einer freien Gesellschaft entgegen. Für uns gilt der Grundsatz: Keine Akzeptanz für Fundamentalismus! Und null Akzeptanz und Toleranz für Diskriminierung!

Wir wissen, dass die Bildungs- und Berufschancen junger Menschen, deren Eltern oder Großeltern in der Türkei, in, Russland oder in Syrien geboren wurden, schlechter sind als die Chancen junger Deutscher, deren Einwanderungsgeschichte jedenfalls nicht zu sehen oder zu hören ist. Wir wissen, dass ihre Nachnamen ein Hindernis sind, wenn sie nach guten Wohnungen suchen oder sich um einen Job bemühen. Und gelegentlich gibt schon die Postleitzahl einen Hinweis darauf, dass Menschen Steine in den Weg gelegt werden. Nationalistische und rassistische Diskriminierung ist in diesem Land eine Tatsache. Und in jedem Einzelfall ist es auch ein Vergehen an den Werten dieses Landes und erst recht auch an den Werten der Sozialdemokratie.

Ich weiß nicht, wie viele Menschen an diesen Hürden, an der Diskriminierung schon gescheitert sind. Aber ich weiß, dass wir ihnen zur Seite stehen müssen. Sie haben ein Recht auf Chancengleichheit. Und dafür müssen wir sorgen. Die SPD war immer das Bollwerk gegen jede Art von rechtem Hass, rechter Hetze und von Diskriminierung. Das muss sie bleiben, und ich bin sicher: Mit uns gemeinsam wird sie das bleiben.

Und damit direkt zusammen hängt auch, dass sie die Partei des Bildungsaufstiegs bleiben muss - unabhängig von der Herkunft oder vom Geldbeutel der Eltern.

Liebe Genossinnen und Genossen, in den Medien war gelegentlich zu lesen, die Wahl von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans bedeute einen Links-Ruck der SPD. Dazu mal eine Zahl im Vorfeld: In den 1970er-Jahren hatte die ärmere Bevölkerungshälfte einen Anteil am Gesamteinkommen in Deutschland, der doppelt so hoch wie heute war. Doppelt so hoch! Wenn eine Rückkehr zur Partei Willy Brandts - und in meinem Fall aus langer gemeinsamer Geschichte auch Johannes Raus - ein Links-Schwenk der Partei ist, dann bitte sehr: Dann machen wir gemeinsam einen ordentlichen Links-Schwenk!

Und wenn es links ist, dass wir das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft nicht akzeptieren wollen, dann haben wir nichts gegen diese Einordnung. Wenn es links ist, dass die Rente mit Steuerbeiträgen der Großvermögenden ein Stück gestärkt wird, damit alle wirklich in Würde alt sein können, dann sind wir links.

Und wenn es links sein soll, den öffentlichen Wohnungsbau massiv auszubauen und Wohnen bezahlbar zu halten, dann sind wir selbstverständlich links.

Es ist noch nicht lange her, da hat meine Tochter schon einige Zeit nach dem Abschluss ihres Studiums mit 60 Stunden in der Woche 1.700 Euro netto, jährlich befristet, und 700 Euro Miete zu zahlen. Da muss man sich vor Augen halten: Viele haben weniger. Das ist schon fast Durchschnitt. Da fragt man sich natürlich: Wie sollen dann Familien gegründet werden?

Wenn es links ist, die Interessen dieser Menschen zu vertreten und ihnen zu einem fairen Einkommen und zu einem halbwegs planbaren Leben zu verhelfen, dann ist auch da links die richtige politische Richtung.

Aber eigentlich, liebe Genossinnen und Genossen, ist das nur richtig sozialdemokratisch. Und unser Verständnis von Links und Rechts ist kein Verständnis von „Unten feindschaftlich gegen Oben“ oder „Arm gegen Reich“. Ich kenne aus meiner Zeit, aus meinen vielen Jahren als Wirtschaftsstaatssekretär in zwei Bundesländern und aus meiner langen Zeit als Wirtschaftsdezernent einer großen

Stadt, der Stadt Köln, so viele verantwortungsbewusste Unternehmer*innen, und die wissen, dass wirtschaftlicher Erfolg und technischer Fortschritt auf Dauer nur möglich sind, wenn der soziale Friede und der Zusammenhalt der Gesellschaft gewahrt bleiben. Die sagen - leider manchmal zu selten auf offener Bühne -, dass etwas schief läuft, wenn das Vermögen in einem so reichen Land wie unserem sich auf immer weniger Prozent der Menschen konzentriert, während andere nicht wissen, wie sie trotz aufreibender Arbeit die Miete bezahlen, ihre Kinder großziehen und auf ein Alter in Würde hoffen sollen.

Diese Leute sagen - und ich kenne viele und rede gerne mit vielen Menschen aus diesen Kreisen -, dass etwas schief läuft, wenn sich Spekulation um vieles mehr lohnt als Investition. Leider hört man viele von ihnen draußen viel zu wenig. Dafür hört man dann aber umso lauter die Verbände, die sie vertreten und die uns weismachen wollen, das Wohl und Wehe hänge davon ab, die Steuern ganz oben weiter zu senken und die soziale Sicherung zum Privatvergnügen zu erklären. Das wird mit uns nicht gehen, und das darf mit uns nicht gehen.

Wir haben allen Grund, eine linke Volkspartei zu sein und eine linke Volkspartei bleiben zu wollen. Nicht, indem wir es allen rechtmachen wollen, sondern indem wir Heimat für alle sind, die Gemeinwohl und Zusammenhalt als das Fundament für eine wirtschaftlich erfolgreiche und sozial gerechte Zukunft begreifen - gegen Egoismus und gegen die Verachtung und Verächtlichmachung anderer.

Erfolgreich sein mit Anstand, mit Rücksichtnahme, mit Toleranz, mit Verantwortungsbereitschaft für das Ganze - das muss Menschen wieder als Erstes einfallen, wenn sie „SPD“ hören oder lesen oder an SPD denken - die SPD als eine so verstanden wichtige linke Volkspartei.

Es gibt politische Parteien und Interessenverbände, die wollen unseren Kindern ein Land ohne Schulden und mit niedrigen Steuern für besonders Vermögende hinterlassen. Wir wollen unseren Kindern ein Land mit sauberer Luft, mit gesunden Wäldern hinterlassen, ein Land mit ökologischer Industrie und moderner Mobilität, ein Land mit attraktiven Arbeitsplätzen, einer guten Gesundheitsversorgung und natürlich vor allem, weil das immer der Keim für die Zukunft ist, mit einer hervorragenden Bildung.

Was nützt es unseren Kindern, wenn wir ihnen eine, gemessen am BIP, niedrige Schuldenquote hinterlassen, wenn dann die Umwelt nicht in Ordnung, sondern vergiftet ist, wenn die Infrastruktur marode und Deutschland in technologischen Rückstand geraten ist? Das wären unverzeihliche Schulden, die wir auf eine andere, viel schlimmere Art an die nächste Generation weitergeben würden. Das dürfen wir auf keinen Fall zulassen.

Deswegen braucht Deutschland ein Fortschrittsprogramm. Deutschland braucht ein Investitionsprogramm. Nicht nur Saskia und ich, sondern auch das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft und das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung fordern 45 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr an Investitionen ganz besonders in die kommunale Infrastruktur, und das mindestens zehn Jahre lang. Wir fordern ein Jahrzehnt der öffentlichen Investitionen. Damit werden wir das sozialdemokratische Zukunftsversprechen zu einer Renaissance führen.

Mit den Mitteln in diesem Programm könnten wir den Investitionsstau in unseren Kommunen auflösen, die Qualität unseres Bildungssystems drastisch steigern, endlich moderne Datennetze errichten - wer jetzt in den 23 Regionalkonferenzen war, der weiß, was es heißt, wenn „Kein Netz“ auf dem Handy steht -, und wir könnten den Klimaschutz finanzieren. Eine derartige Investitionsoffensive - so schrieben die Institute - würde deutliche wirtschaftliche Vorteile über Jahrzehnte bringen. Noch dazu könnten wir die vom Strukturwandel besonders gebeutelten Städte und Gemeinden von ihren drückenden Altschulden befreien. Dazu hat Olaf ja schon eine Initiative ergriffen. Die ist für diese Kommunen auch bitter nötig, damit sie wieder das machen können, was ihre Zukunft sichert und was sie auch für die Ansiedlung von Unternehmen attraktiv macht.

Ich sage aber auch: Wenn die schwarze Null einer besseren Zukunft für unsere Kinder entgegensteht, dann ist sie falsch! Dann muss sie weg!

Und machen wir uns nichts vor: Wenn wir das nicht irgendwo umschiffen wollen, dann gilt das auch für die Schuldenbremse. Kein wachsendes Unternehmen würde sich solch einer Investitionsbremse unterwerfen!

Liebe Genossinnen und Genossen, eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder gibt es nur mit wirksamem Klimaschutz. Deutschland allein wird das Klima nicht retten können. Aber Deutschland muss seinen Anteil leisten und muss einen größeren Anteil dazu beitragen. Es kann mit seiner innovativen Wirtschaft, mit seiner Wirtschaftskraft und mit dem Wohlstand der Gesellschaft insgesamt diesen Anteil auch leisten. Wir wissen noch aus früheren Zeiten, als die ersten Schritte des Umweltschutzes in der Industrie unternommen wurden, wie schnell daraus Geschäftsmodelle werden können, mit denen man auf Weltmärkten sogar wieder neue Geschäfte und neue Einkommen erzielen kann.

Aber auch Klimaschutz ist eine Verteilungsfrage. Viel zu lange haben wir die Lasten unseres Lebensstils in andere Teile der Welt und in die Zukunft verschoben. Das holt uns jetzt mit Macht ein. Die Lasten, die wir mit unserem Lebensstil verursachen, gehören ins Hier und Jetzt!

Aber sie gehören nicht auf die Schultern der kleinen Leute, sondern sie gehören auf die Schultern derer, die damit die größten Profite machen und gemacht haben.

Das geht nur mit einer grundlegenden Steuerreform, die nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten umverteilt und damit für eine gerechte Verteilung in diesem Land sorgt. Wir müssten übrigens viel umverteilen, um nur halbwegs in die Nähe der Vermögensverteilung zu kommen, wie sie für den Gottvater der liberalen Marktwirtschaft bzw. der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhard galt. Es müsste eine Menge passieren, wenn wir dahin zurückkommen wollten.

Erfolgreicher und von den Menschen akzeptierter Klimaschutz geht nur gerecht. Je höher der soziale Ausgleich ausfällt, desto höher kann der CO₂-Preis sein und desto

wirksamer ist dann auch der Klimaschutz. Diese Forderungen auch der jungen Menschen, die immer wieder auf die Straße gehen, dürfen wir nicht einfach verhallen lassen.

Die sind ernst und werden nicht nur deswegen wichtig, weil wir diese Menschen verlieren, sondern weil wir irgendwann damit unseren Planeten verlieren.

Mit dem Klimapaket hat die SPD einen Einstieg in den Klimaschutz durchgesetzt. Das ist überhaupt keine Frage. Das ist auch eine ganz wichtige Leistung von Svenja Schulze. Aber das Klimaschutzpaket der Großen Koalition ist nicht so, dass wir uns jetzt zurücklehnen und sagen können: Guck mal, im Koalitionsvertrag haben wir wieder ein Häkchen! Das ist schon mal wieder erledigt! Wir wenden uns jetzt dem nächsten Thema zu! - Sondern Klimaschutz bleibt ein Thema, bei dem wir auch immer wieder nachlegen müssen. Stolz auf das Erreichte und Unzufriedenheit mit dem noch nicht Erreichten - wie es vielen Menschen so in den Ortsvereinen, aber ebenso auf der Straße geht - sind kein Widerspruch, sondern das gehört zu jeder Tour de France dazu. Wer eine Etappe gewinnt, der geht abends nicht ins Bistro und trinkt eine Flasche Rotwein, sondern der fährt am nächsten Tag weiter, weil es weitergeht und weil wir am Ende diese Tour gewinnen wollen.

Man kann lange darüber streiten, welche notwendigen Reformen man noch in die nächsten zwei Jahre schieben kann, weil sie mit den Konservativen nicht durchzusetzen sind. Aber auch beim Klimaschutz? - Beim größten Aktionstag der Friday-for-Future-Bewegung heute vor einer Woche haben über eine Million junge Menschen für wirksamen Klimaschutz demonstriert. Über eine Million! Sollen wir als SPD zu einer ganzen Generation sagen: „Ihr habt ja recht, aber wir müssen die Rettung eurer Zukunft ein kleines Bisschen verschieben, weil wir gerade Ruhe in der Großen Koalition brauchen?“ Wollen wir das wirklich? - Ich will das nicht!

Für eine Koalition, von der wir alle sagen, dass sie nach den nächsten Wahlen niemand fortführen will, werde ich nicht eine ganze Generation junger Menschen von der SPD entfremden. Das würde der alte Mann an der Spitze der SPD nicht tun und nicht wollen. Das dürfen eigentlich wir alle nicht tun.

Aber wir sind in dieser Koalition und sind in der Demokratie, und wir müssen zu Kompromissen bereit sein. Aber sie müssen vertretbar sein - und sie dürfen nicht verwischen, wofür wir stehen und was die Menschen von einer stärkeren SPD glaubhaft erwarten dürfen. Wenn uns das dabei kaputtgeht, dann machen wir uns immer kleiner. Das kann nicht der Weg einer Sozialdemokratie mit den Aufgaben sein, von denen die Menschen erwarten, dass sie sie löst. Das muss Gegenstand von Koalitionsgesprächen sein.

Natürlich gibt es dabei keine Alleingänge, weder der Partei noch ihrer Vorsitzenden. Wir brauchen den ständigen Austausch: mit unseren Abgeordneten, mit den sozialdemokratischen Mitgliedern der Bundesregierung. Aber es darf auch keine Festlegung der Parteimeinung aus der Koalitionsdisziplin heraus geben. Die Meinung wollen wir uns schon selber bilden!

Wir hatten jetzt zuletzt durchaus einen lebendigen und lebhaften Wettbewerb mit Klara und Olaf zu einer ganzen Reihe von Themen. Wir haben immer gesagt: Wir müssten ja nicht gegeneinander antreten, wenn es nicht auch unterschiedliche Sichtweisen gäbe. Dann hätten wir es ja sein lassen können. - Aber eines war uns immer auch klar: Wir tun das unter dem großen gemeinsamen Dach der Sozialdemokratie. Deswegen war es uns auch ganz wichtig, dass wir das in der Art abgebildet sehen wollen, wie wir künftig zusammenarbeiten, und zwar in der Sache, aber auch in den handelnden Personen. Wir wollen diese Partei zusammenführen. Wir haben immer gesagt: Natürlich haben wir einen Anspruch daraus, dass die Mehrheit der Mitglieder uns ihre Stimme gegeben hat. Aber das heißt doch nicht, dass man die anderen jetzt vergisst. Das kann aber auch nicht heißen, dass Harmoniebedürfnis bedeutet, dass die Mehrheit immer fragt, was die Minderheit will, sondern es muss schon klar sein, welche Zeichen wir setzen, wie die Weichen gestellt werden und wie wir dann aber gemeinsam

in Respekt und Achtung der unterschiedlichen Akzente, die in dieser Partei gewünscht sind, vorangehen. Nur Einigkeit macht stark!

Wir bleiben nicht nur die Partei für die Vielen. Wir wollen auch die Partei der Vielen sein. Das muss sich in der Führung widerspiegeln.

Deswegen plädieren wir, nachdem der Vorstand bzw. auch das Präsidium sich damit beschäftigt haben und wir zunächst nur beratend dabei sind, sehr dafür, dass wir neben den vorgeschlagenen Kandidaten für den Vorsitz, die von euch Mitgliedern vorgeschlagen worden sind, auch Klara Geywitz als stellvertretende Parteivorsitzende gerne dabei haben.

Das gilt für Anke Rehlinger, für Kevin Kühnert, und das gilt auch für Hubertus Heil und dann auch Serpil Midyatli.

Das ist unser Vorschlag für ein starkes Team, mit dem, glaube ich, sehr deutlich wird, wie ihr die Entscheidung getroffen habt und wie wir miteinander diese Politik nach vorn bringen wollen.

Ich habe jetzt nur auf die Zahl, weil die jetzt gerade zur Diskussion stand, der stellvertretenden Parteivorsitzenden rekurriert. Klar ist auch, dass natürlich Lars Klingbeil dazugehört. Klar ist, dass Dietmar Nietan dazugehört, und klar ist, dass Udo Bullmann als Europabeauftragter dazugehört.

Bei den Regionalkonferenzen habe ich von dem SPD-Bus mit dem Ziel-Schild „Zukunft und Zusammenarbeit durch soziale Gerechtigkeit“ gesprochen. Ich habe davon gesprochen, dass uns viel zu viele Fahrgäste ausgestiegen sind, weil sie der Zielangabe nicht mehr trauen. Die SPD hat so viel Engagement, die hat so viel Kompetenz, so viel Energie. Saskia und ich haben unbändige Lust, den Bus als Fahrerin und als Fahrer mit euch zusammen wieder auf den Kurs zum Ziel zu bringen: Zukunft und Zusammenhalt durch soziale Gerechtigkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, Saskia hat eben etwas Wichtiges gesagt: Wie wir wieder Wahlen gewinnen, ist nicht die entscheidende Frage. Die entscheidende Frage

lautet, warum wir wieder Wahlen gewinnen sollten. Das ist die Mission, nach der sich alle Menschen fragen. Es geht uns um diese Mission der SPD. Es geht darum, aus Wandel Fortschritt zu machen, Fortschritt für die Vielen, nicht für die Wenigen. Es geht um Politik für Menschen, nicht für Märkte. Es geht um Wohlstand für Millionen und nicht für Millionäre. Für all das lohnt es sich, zu kämpfen.

Dieser Kampf, der gelingt am besten in der SPD und mit der SPD. Dieser Kampf für ein besseres Morgen, der beginnt heute, er beginnt jetzt, in dieser Minute hier in Berlin. Denn es beginnt eine neue Zeit. Es beginnt eine Zeit mit einem neuen Team, mit neuem Mut, mit neuer Kraft und mit vielen, die schon so lange dabei sind und sich so eingesetzt haben und so gebraucht werden, dass wir diese gemeinsame Aufgabe gemeinsam stemmen können. Es ist eine Riesenfreude, an dieser Stelle stehen zu dürfen und eine große Ehre, zu kandidieren für den Vorsitz dieser großen, geschichtreichen SPD, die so wichtig für die Demokratie in diesem Land ist.

Ganz herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit und die herzliche Bitte, uns eure Stimme zu geben.